



QUEERAMNESTY

RUNDBRIEF DER DEUTSCH-
SPRACHIGEN AMNESTY
INTERNATIONAL-LGBTI-GRUPPEN
AUSGABE NR. 48 / FRÜHJAHR 2014

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Foto: Claudia Körner

LIEBE IST KEIN VERBRECHEN

In 38 afrikanischen Ländern stehen gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen bzw. Beziehungen unter Strafe. In Mauretanien, Sudan, Nordnigeria und Südsomalia droht Homosexuellen sogar die Todesstrafe. Seit einiger Zeit gibt es in einigen afrikanischen Ländern die Tendenz zu einer stärkeren Kriminalisierung von LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*, Intersex)-Personen. So haben Südsudan im Jahr 2008 und Burundi 2009 erstmals Verbote von gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen eingeführt. In Uganda und Nigeria gibt es seit 2009 bzw. 2008 immer wieder parlamentarische Versuche, eine Verschärfung bereits bestehender gesetzlicher Verbote durchzusetzen.

Dabei sind LGBTI-Personen bereits jetzt tagtäglich Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. LGBTI werden immer wieder willkürlich verhaftet und angeklagt, weil jemand vermutet, dass sie homosexuell sein könnten. Von der Polizei werden sie misshandelt, ausspioniert und von ihrer Familie verstoßen. Von den Medien bekannt gemacht und als mutmaßliche Homosexuelle denunziert, werden sie zur Zielscheibe für Übergriffe. Vergewaltigungen von Frauen, um sie von ihrer Homosexualität zu kurieren und Schikane sind keine Seltenheit. Dabei fühlen sich die Täter_innen umso mehr legitimiert, je öfter über eine Verschärfung bestehender Verbote diskutiert wird und führende Politiker_innen und Religionsvertreter_innen Homosexualität als unmoralisches, krankhaftes Verhalten darstellen.

Sowohl der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte als auch der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte schließen ein Verbot von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung ein. Menschenrechte sind universell für alle Menschen unterschiedslos gültig. (Quelle: „Liebe ist kein Verbrechen – Kriminalisierung von LGBTI in Afrika“ 2013)

Mehr Informationen zu der aktuellen Kampagne „Liebe ist kein Verbrechen“ sowie Petitionen und Hintergrundberichte sind auf der Queeramnesty-Homepage (www.queeramnesty.de) zu finden.

In den meisten Gegenden von Kampala, der Hauptstadt Ugandas, leben und arbeiten die Menschen sehr dicht beieinander. Ein Großteil des Lebens spielt sich auf der Straße ab. Homosexuelle versuchen zumeist, ihre sexuelle Identität zu verbergen, um Diskriminierungen zu entgehen.



Foto: Claudia Körner

Frank Mugisha, der Leiter von SMUG (Sexual Minorities Uganda) und Pepe Onziema, der Programmdirektor stehen vor dem neuen Gebäude von SMUG. Aus Sicherheitsgründen musste die Organisation in diesem Jahr ihr Büro wechseln.

SMUG KÄMPFT GEGEN DAS „ANTI-HOMOSEXUALITÄTS-GESETZ“ IN UGANDA

Am 20.12.2013 hat das ugandische Parlament überraschend den Entwurf für das sogenannte „Anti-Homosexualitäts-Gesetz“ verabschiedet. Die Gesetzesvorlage sieht lebenslange Haftstrafen für homosexuelle Handlungen und die Strafbarkeit von Unterstützung von Homosexualität vor. Innerhalb von 30 Tagen muss der Präsident nun reagieren. Durch seine Unterschrift tritt das Gesetz in Kraft, er hat aber auch die Möglichkeit, das Gesetz abzulehnen oder für Änderungen zurück ins Parlament zu geben.

Frank Mugisha, der Geschäftsführer von SMUG (Sexual Minorities Uganda), erklärte in einer ersten Stellungnahme, SMUG werde „bis zum Ende“ gegen diese Gesetzgebung kämpfen.

Erst im Oktober 2013 hatte ich Frank Mugisha sowie den Programmkoordinator Pepe Onziema von SMUG (Sexual Minorities Uganda) in Kampala getroffen. Zu diesem Zeitpunkt war es ruhiger um den Gesetzentwurf geworden, der erstmalig vor vier Jahren, im Oktober 2009, in das ugandische Parlament eingebracht worden war. Nach dem ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf sollten homosexuelle Handlungen im schlimmsten Fall mit dem Tod bestraft werden. Dieser Passus wurde inzwischen aus dem Entwurf gestrichen. Das damalige Einbringen des Gesetzentwurfes in das ugandische Parlament hatte große Proteste aus dem Ausland zur Folge gehabt und brachte den Aktivist_innen große Bekanntheit und internationale Unterstützung.

Viel ist passiert in den letzten vier Jahren. Die Aktivist_innen von SMUG haben gegen den Gesetzentwurf gekämpft, öffentliche Kampagnen gestartet, eine Zeitung wegen Hetze und Zwangsausings von Homosexuellen verklagt (und den Prozess gewonnen), eine Koalition von über 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Kampf gegen den homophoben Gesetzentwurf ins Leben gerufen, unzählige Interviews im Ausland gegeben, zwei Pride-Events veranstaltet und viele LGBTI-Personen in Uganda beraten und unterstützt.

Ein schreckliches Ereignis unterbrach ihren arbeitsreichen Alltag. David Kato, Vorreiter und führender LGBTI-Aktivist in Uganda, wurde Ende Januar 2011 in seinem Haus ermordet. Zwar wurde der mutmaßliche Mörder verhaftet und verurteilt, der Fall hinterließ aber unzählige Fragen und eine geschockte, tief traurige, aber auch kampfbereite LGBTI-Community.

Der Gesetzentwurf hat bereits jetzt weitreichende Folgen für die ugandische LGBTI-Community. Frank und Pepe betonen, dass der Gesetzentwurf in den letzten Jahren eine große Welle der öffentlichen Diskussion um Homosexualität und damit verbunden auch eine zunehmende Hetze gegen LGBTI ausgelöst hat.

Es gibt eine steigende Anzahl von gewalttätigen Übergriffen zu beklagen. Fast täglich werden die Aktivist_innen von Menschen kontaktiert, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Genderidentität Probleme mit der Familie, dem Vermieter, dem Arbeitgeber, der Polizei oder den Nachbarn haben. Berichte von gewalttätigen Übergriffen, aber auch von Verhaftungen und Gerichtsverfahren häufen sich.

Frank erzählt mir von einem jungen Mann, der kürzlich zu SMUG kam. Nachbarn hatten ihn auf dem Weg zu seinem Haus bedroht, ihm gesagt er solle diesen Weg nicht mehr benutzen. Kurz darauf wurde er auf dem Weg nach Hause von vier Männern brutal überfallen und ausgeraubt. Um seine Sicherheit zu gewährleisten musste er sein Haus verlassen. Kurzfristig konnten die SMUG-Aktivist_innen ihn bei einem Freund unterbringen. In einem weiteren aktuellen Fall war ein junger Mann von seiner Nachbarin gefragt worden, ob er schwul sei. Er antwortete, dass es seine Privatangelegenheit sei, was er in seinem Haus täte. Kurz darauf wurde er von der Polizei verhaftet. Die Nachbarin hatte ihn angezeigt und behauptet, dass er ihren 14-jährigen Sohn belästigt hätte. Der junge

Mann wurde verurteilt und kam für sechs Monate ins Gefängnis. Nach seiner Haft traf er in seiner Wohngegend wieder auf seine Nachbarin, welche daraufhin die Leute auf der Straße gegen ihn aufhetzte. Auch er musste nun seinen Wohnort wechseln. Die Aktivist_innen von SMUG stehen oft vor dem Problem, (übergangsweise) sichere Orte für Menschen finden zu müssen, die beispielsweise von ihren Familien oder vom Vermieter aus dem Haus geworfen wurden oder Probleme mit den Nachbarn haben.

Während meines Aufenthaltes in Uganda im Oktober 2013 lag der Gesetzentwurf im Parlament, stand aber nicht auf der aktuellen Agenda. Er war damals bereits durch den Rechtsausschuss gegangen, welcher einen Bericht und Empfehlungen an das Parlament gegeben hatte. Danach hatte der Gesetzentwurf mehrere Male zur Diskussion auf der Tagesordnung des Parlaments gestanden, war aber nie zur Abstimmung gekommen.

Die Aktivist_innen von SMUG versuchten in dieser Zeit so viel Lobbyarbeit wie möglich zu betreiben. Denn der Gesetzentwurf sei nicht abgelehnt, betonten die Aktivist_innen und erklärten, bei Bedarf könne er jederzeit wieder auf der Tagesordnung erscheinen.

Genau das ist nun passiert. Ohne vorherige Ankündigung wurde der Entwurf am 20.12.2013 erneut ins Parlament eingebracht und auf die Tagesordnung gesetzt. Trotz Protest mehrerer Parlamentarier und gegen das Votum des Premierministers wurde über die Gesetzesvorlage abgestimmt und diese verabschiedet.

Amnesty International reagierte mit einer Eilaktion auf die Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament. Die Gesetzesvorlage verstoße sowohl gegen die ugandische Verfassung als auch gegen internationales Recht, erklärte Amnesty International. So würden durch das Gesetz das Recht auf Privatsphäre, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit sowie die Freiheit vor Diskriminierung verletzt werden.

„Präsident Museveni muss dieser wilden diskriminierenden Gesetzgebung widersprechen, die auf eine grobe Verletzung der Menschenrechte hinausläuft und die ugandische Verfassung zum Gespött macht“ sagt Aster van Kregten, der amtierende Programmdirektor für Afrika von Amnesty International.

SMUG ruft die internationale Gemeinschaft auf, Uganda an seine Bindung an bestehende Verträge zu erinnern und gegen den Anti-Homosexualitäts-Gesetzentwurf einzutreten.

Text: Claudia Körner

WIR SCHAFFEN UNS EINE EIGENE IDENTITÄT

INTERVIEW MIT LIZ FRANK, DIRECTOR DES WOMEN'S LEADERSHIP CENTER (WLC) IN WINDHOEK

Liz, kannst du bitte die Arbeit von dir und deiner Partnerin Elizabeth Khaxas vorstellen?

Ich war in den 1980er Jahren in der Anti-Apartheid Bewegung aktiv, sowie Mitarbeiterin im Centre for African Studies – Namibia Projekt an der Uni Bremen. Darüber kam ich 1990 im Zug der Unabhängigkeit nach Namibia, und verliebte mich in der ersten Woche in meine Lebenspartnerin Elizabeth.

Wir arbeiten jetzt zusammen im Women's Leadership Centre, das sie 2004 gegründet hat, um Frauen aus marginalisierten Gruppen über ihre Rechte aufzuklären und ihre Stimme durch kreatives Schaffen (Schreiben, Fotografie) in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir arbeiten zur Zeit mit drei Gruppen zusammen: ländliche Frauen in der Caprivi Region, deren Menschenrechte durch vorherrschendes Stammesrecht negiert werden; junge Frauen aus der indigenen San Bevölkerung, die in tiefster Armut und Ausgrenzung leben; und junge lesbischen Frauen, deren Menschenrechte in Namibia noch nicht anerkannt und geschützt werden. Mit allen drei Gruppen versuchen wir, resilience and resistance gegen Unterdrückung und Gewalt durch kreative Ausdrucksformen zu stärken, damit diese Frauen ihre Rechte einfordern können.

Wie seid ihr dazu gekommen, euch für Frauen und Lesben zu engagieren?

Elizabeth war schon vor der nationalen Unabhängigkeit eine der Gründerinnen der feministischen Organisation Sister Namibia, die eine Zeitschrift veröffentlicht und gegen Gewalt gegen Frauen agiert. Wir waren beide etliche Jahre ehrenamtlich in Sister Namibia aktiv, und schrieben über Sexualität und Lesbenrechte im Magazin. 1997 waren wir Mitbegründer_innen des schwullesbischen Rainbow Project, das sich mit den damaligen Hetzreden führender Politiker auseinandersetzte und die "All human rights for all" Bewegung in Gang setzte, durch die wir die Zivilgesellschaft mobilisierten.

1999 wurde Elizabeth Geschäftsführerin von Sister Namibia und ich Redakteurin der Zeitschrift. Wir begannen, mit lesbischen Frauen zu arbeiten, und in jeder Ausgabe des Magazins über Lesbenthemen zu berichten. 2004 gingen wir dann einen grossen Schritt weiter und gründeten die Coalition of African Lesbians (CAL) mit Frauen aus 13 afrikanischen Ländern in Windhuk. Ich bin zur Zeit wieder im Vorstand von CAL, wir haben ein Sekretariat in Johannesburg eingerichtet, sind auf nationaler, kontinentaler und internationaler Ebene für Lesbenrechte aktiv, und feiern nächstes Jahr unsere ersten zehn Jahre mit einer Dokumentation: CAL@10!

Welche Veränderungen der Situation von LGBTI habt ihr beobachtet?

Die politisch motivierten Hetzreden gegen Lesben und Schwule haben unter dem Nachfolger des ersten Staatspräsidenten Nujoma sehr nachgelassen, nur der Jugendverband der regierenden Partei (und vormaligen Befreiungsbewegung) Swapo redet noch von Homosexualität als Satanismus. Dennoch wurde unter Nujoma viel Schaden angerichtet, den junge Lesben heute noch ausbaden müssen: ihre Familien sind durch Partei- und Kirchenmitgliedschaft eingeschüchtert und wissen wenig über universelle Menschenrechte. Das führt zu Gewalt in vielen Familien und Nachbarschaften, Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, selbstschädigendem Verhalten und Suizidgefahr. Dennoch werden immer mehr junge Lesben sichtbar, veranstalten eigene Spoken Word Events, machen Musik, vernetzen sich im Internet, und stärken sich gegenseitig.



Wie ist die gegenwärtige Situation von LGBTI in Namibia?

Durch die sehr hohe HIV/AIDS Prävalenz in Namibia gibt es internationalen Druck auf das Gesundheitsministerium, Präventionskampagnen auch für MSM auszurichten. Damit wird Homosexualität einerseits anerkannt, aber gleichzeitig depolitisiert, da es nicht um sexuelle Menschenrechte geht, z.B. der Abschaffung der kolonialen Gesetzgebung zu Sodomie. Stattdessen werden schwule und bisexuelle Männer als Gesundheitsproblem klassifiziert und behandelt. Lesben werden in der offiziellen HIV Prävention immer noch völlig ignoriert, aber wir greifen dieses Thema in unserer Arbeit mit jungen Lesben auf.

Welche Gruppen gibt es?

Das Women's Leadership Centre unterstützt lokale Lesbengruppen in verschiedenen Städten. Die Nachfolgeorganisation des Rainbow Project, Outright Namibia, ar-

Offen lesbisch lebende junge Frauen in Otjiwarongo, einer kleinen Stadt in Namibia.

beitet hauptsächlich im MSM- und Transbereich. Daneben gibt es noch kommerzielle schwule Unternehmen wie Mr. Gay Namibia und 'pink tourism'. Zum Thema Intersex arbeitet noch keine Gruppe in Namibia, hier besteht Handlungsbedarf.

Welche Projekte plant ihr?

Dieses Jahr arbeiten wir mit jungen Lesben aus verschiedenen Städten in einem nationalen Projekt zur Förderung ihrer persönlichen Autonomie und Widerstandskraft, und erstellen zur Zeit eine Fotoausstellung: Creating ourselves in our own image und einen Fotoband. Dieses Projekt wird u.a. von SODI, der Heinrich Böll Stiftung und der Hannchen Mehrzweck Stiftung gefördert. Die Fotoausstellung bringen wir voraussichtlich im März 2014 nach Deutschland.

Wir planen, mit der Fotoausstellung nächstes Jahr auch in Namibia auf Tour zu gehen, und in verschiedenen Städten in den lokalen Lesbengruppen und anderen Zielgruppen wie Eltern, Lehrer_innen und Jugendarbeiter_innen sowie Kirchengemeinden unseren feministischen Ansatz zu Lesbenrechten zu verbreiten und vertiefen.

Interview von Naana Lorbeer

QUEERAMNESTY HAMBURG IN ST. PETERSBURG

Auf Einladung der Senatskanzlei der Stadt Hamburg und des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD) nahmen Mitglieder von Queeramnesty Hamburg im April 2013 am Fachkräfteaustausch Jugend in Hamburgs Partnerstadt St. Petersburg teil. Seit 2011 erfährt die Öffentlichkeit immer wieder von neuen Gesetzen in Russland, die das öffentliche Eintreten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Intersexuellen (LGBTI) für ihre Rechte einschränken. Seit dem Sommer 2013 ist es nun in ganz Russland verboten, in Anwesenheit von Minderjährigen oder über Medien wie dem Internet über gleichgeschlechtliches Leben positiv zu sprechen. Bei Zuwiderhandlungen drohen hohe Geldbußen – als Höchststrafe umgerechnet bis zu 25.000 Euro. Medien oder andere Organisationen, die über Homosexualität berichten, können sogar für drei Monate geschlossen werden.



Bei einer Demo wurde gesungen „Putin solle Skifahren gehen“. In den östlichsten Teil Russlands.

Kurz vor unserer Reise war es zu Durchsuchungen von Büros vieler Nichtregierungsorganisationen in ganz Russland gekommen – auch der Büros der Organisationen, die Queeramnesty in St. Petersburg besuchte. Trotz dieser Einschüchterungsversuche kamen zu Beginn der „Woche gegen Homophobie und Transphobie“ im April 2013 einige Interessierte zu einem Vortrag über die Arbeit von Queeramnesty Hamburg in die Büros des Vereins Deutsch Russischer Austausch St. Petersburg. Auch der LSVD Hamburg, der die gesamte Reise organisiert hatte, berichtete über die Meilensteine seiner Arbeit. Im Gegenzug wurden von den Gastgeber_innen das Beratungszentrum „Coming-Out“ sowie das queere St. Petersburger Filmfestival „Side by Side“ vorgestellt. Diese Organisationen wurden zwischenzeitlich von Gerichten als „ausländische Agenten“ eingestuft, die jeweils Strafzahlung von ca. 12.000 Euro leisten sollten.

Bei einer Podiumsdiskussion bot sich den Hamburger Gästen die Gelegenheit, sich ein Bild von den Positionen der vielen demokratischen Oppositionsparteien in Russland in Bezug auf LGBTI-Rechte zu machen. Am aufschlussreichsten waren dabei vielleicht die Beiträge der Zuhörer_innen der Diskussion, die kurz über ihr eigenes Leben berichteten. Sie stellten den Politikern Fragen, die wir auch aus Deutschland kennen, z.B. „Warum können meine Freundin, ich und unser Kind keine Familie sein?“ Ein Politiker gab zu, dass er nicht gewusst habe, dass LGBTI-Personen „so kluge“ und „ganz normale Menschen“ seien.

Die Situation von LGBTI-Jugendlichen brachte uns die Journalistin Lena Klimova näher. Sie hatte einen Artikel über Homosexualität in Russland veröffentlicht und daraufhin Zuschriften via Facebook aus ganz Russland bekommen. Jugendliche berichteten ihr, wie sie von Schülern und Lehrern diskriminiert und von Eltern verstoßen wurden, als Kranke geheilt werden sollten und Suizidversuche unternahmen. Hier zeichnete sich ein sehr dunkles Bild: Nicht die Politik allein diskriminiert LGBTI-Menschen in Russland, die Akzeptanz in der russischen Bevölkerung ist allgemein sehr gering. Viele LGBTI-Jugendliche leiden an schweren Depressionen, da sie sich selbst nicht wertschätzen. Die aktuellen Gesetze verschlimmern diese Gefühle, weil keine Aufklärung unter Kindern und Jugendlichen möglich ist und somit keine Hilfestellung geleistet werden kann. Lena

Klimova ist es gelungen, über die Grenzen der Community hinaus sichtbar zu machen, wie es den Jugendlichen russlandweit ergeht. Das ist alles andere als selbstverständlich, da die Presse nur negativ über LGBTI berichtet.

Bei einer Demonstration während der Woche gegen Homophobie und Transphobie wurde die Freilassung der 2012 willkürlich verhafteten Demonstrant_innen gefordert. Einige Oppositionsparteien waren vertreten, doch es wehte keine Regenbogenflagge und die etwa 80 Demonstrant_innen wirkten etwas verloren auf dem weiten Troitskaya-Platz in St. Petersburg. Unweit davon beobachtete die Polizei das Geschehen, so auch als Stimmung aufkam, als die Demonstrant_innen sangen „Putin solle Skifahren gehen“. In den östlichsten Teil Russlands.

Am Ende der Woche gegen Homophobie und Transphobie zeigte der „Day of Silence“ genau das, was Putins Politik bewirkt: Durch das Verbreiten von Angst werden LGBTI in Russland mundtot gemacht. Doch einige gehen trotzdem auf die Straße. Trotz der Gefahr, festgenommen zu werden, wie zahlreiche Teilnehmer_innen im Juni beim St. Petersburger Gay-Pride.

Text: Ben Reichel, Julia Siebrecht

REGGAE FESTIVAL 2013 MIT QUEERAMNESTY

Vom 23. bis 25. August 2013 fand zum 19. Mal das Chiemsee Reggae Summer Festival (CRS) statt, eines der größten Open-Air-Konzerte in Süddeutschland.

Seit Jahren gibt es die Debatte, wie mit Sängern bzw. den Veranstaltern und den Musiklabels zu verfahren ist, die homophobe Texte verbreiten. Es gibt eine breite Front von Boykott-Protagonisten, die mit dazu beigetragen haben, dass einzelne Sänger nicht mehr auftreten konnten oder ihre Auftritte aus Live-Übertragungen ausgeblendet wurden.

Daneben gibt es eine integrative Position, die dem Ausgrenzen, Verbieten und Boykottieren nur wenig Wirkung zutraut und dafür den Dialog und die Aufklärung sucht und fördert.

Im Frühsommer 2012 wurde von der grünen Fraktion im bayrischen Landtag zu einem Fachgespräch zum Thema eingeladen, bei dem u.a. auch die Queeramnesty-Gruppe München sowie zahlreiche andere Gruppen und Veranstalter zusammen trafen. Im Brennpunkt der Aufmerksamkeit stand der Veranstalter des Chiemsee Reggae Summer Martin Altmann.

Im Anschluss an diese Veranstaltung kamen wir ins Gespräch. Er schlug vor, anstelle fortgesetzter Konfrontation einen gemeinsamen Weg von Information und Aufklärung zu suchen. Dazu fuhren wir, Bernhard und Alexander von Queeramnesty München, für einen Tag zum CRS 2012, wo wir einen Eindruck bekamen, mit vielen Leuten sprechen und diverse Medienkontakte knüpfen konnten. In der Folge wurde vereinbart, dass Queeramnesty einen Stand beim Festival 2013 ausrichten kann bei dem der Veranstalter für das Zelt und die Unkosten aufkommt.

Diese Aktion über 3 ganze Tage mit einem 16 qm großen Zelt erforderte einige Vorbereitung und Nachverhandlungen, konnte dann aber wie geplant durchgeführt werden. Dank der Unterstützung durch die Amnesty Hochschulgruppe München konnten wir mit insgesamt 9 Aktivist_innen vor Ort sein. Diese für unsere bisherigen Verhältnisse große Zahl erwies sich als äußerst wertvoll, da der Zulauf von Interessenten stetig und die Nachfrage interessiert und ernsthaft war. Es spielte uns dabei in die Hände, dass es außer der Musik und zwei weiteren NGO-Ständen eher wenig Futter für die grauen Zellen der Zuhörer gab und damit die Angebote mit Themen und Inhalten sehr gut angenommen wurden. Unser Stand befand sich auf dem kleinen Marktplatz. Viele Leute blieben stehen, nahmen unseren kurz gehaltenen Flyer in die Hand – und kamen dann an den Stand, um sich



Schokolade gegen
Homo- und Transphobie

weiter zu informieren, eine Petition zu unterschreiben oder einen Aufkleber mitzunehmen.

Am Sonntag hatten wir Besuch von der grünen Landtagsabgeordneten Claudia Stamm, auf deren Initiative sich die ganze Aktion begründet hatte. Auch mit dem Sänger Patrice, der sich ausdrücklich für unsere Anliegen aussprach und dafür warb, gab es einen gemeinsamen Auftritt im Pressezelt.

Insgesamt hatten wir 12 Petitionen aufgelegt – nicht nur zum Thema Homophobie, sondern auch zum Thema Gewalt gegen Frauen in Afrika und auch andere Amnesty-Themen wie Schließung von Guantanamo, und Todesstrafe. Unsere „Außenwerbung“ bezog sich deutlich auf unser Thema Homophobie, aber durch die Breite der Themen hatten wir die Möglichkeit, das Publikum dort anzusprechen, wo es ein offenes Ohr hatte. So konnten wir aber viele junge Menschen ansprechen und zum Nachdenken anregen, die sich bisher kaum mit Fragen von Diversity, aber auch wenig mit den Anliegen von Amnesty International befasst hatten. Wir konnten weit über 1000 Unterschriften sammeln und viele interessante Gespräche verzeichnen.

Auch für unsere Crew war die Aktion ein nachhaltiges Erlebnis und wir wurden sofort vom Veranstalter eingeladen, im nächsten Jahr wieder mit dabei zu sein. Da wir nun den Ablauf und die Situation auf dem Festival kennen, können wir im Vorfeld noch gezielter unsere Themen vorbereiten.

Im Juli 2013 wurde als Untergruppe der **Freiburger Hochschulgruppe eine Queeramnesty-Gruppe** gegründet. Wer uns erreichen möchte, kann dies jederzeit per E-Mail über info@amnesty-suedbaden.de oder über www.amnesty-suedbaden.de.
In diesem Sinne beste Grüße aus dem tiefen Süden!

ALLES GUT IN DEUTSCHLAND? AMNESTY FORDERT MENSCHENRECHTE AUCH FÜR INTERSEXUELLE MENSCHEN

Queeramnesty Hamburg traf sich kurz vor der Bundestagswahl mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Markus Löning (FDP), um sich zum Thema Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen (LGBTI) auszutauschen. Schwerpunkt des Gesprächs war die Menschenrechtssituation intersexueller Menschen in Deutschland.

Die Stellungnahme und die Empfehlungen des Deutschen Ethikrats bestärkten Queeramnesty 2012 in der Erwartung, dass das Thema mit großer Dringlichkeit auch im Rahmen gesetzgeberischer Regelungen im Sinne der Menschenrechte angepackt wird – dies ist aber nicht geschehen. Löning verteidigte die Bundesregierung in dem Gespräch damit, dass die verantwortlichen Ärzt_innen und auch Gesundheitsminister_innen der einzelnen Länder noch zu wenig Einsicht hätten und das Thema insgesamt zu wenig verstünden. Eine gesetzliche Regelung sei nicht geplant, doch grundsätzlich werde sich wohl an die Empfehlungen des Deutschen Ethikrates gehalten. Die schweren Menschenrechtsverletzungen an intersexuellen Menschen wurden in Deutschland mit dem Deutschen Ethikrat 2012 erstmalig von einer regierungsnahen Institution benannt, anerkannt und dokumentiert. Priorität für die Bundesregierung hatten diese Erkenntnisse nicht.



Foto: Alex W.

Leo verteilt -"Denkzettel"- mit einem kurzen Text, der über unser Thema informiert und zum Nachdenken einlädt. Das erwies sich als sehr wirksamer Anreiz, der gut angenommen wurde und viele Leute an den Stand zog

Auf Initiative von Queeramnesty verabschiedete Amnesty International dieses Jahr eine Positionierung auf internationaler Ebene zum Thema. Amnesty fordert mit aller Deutlichkeit die fundamentalen Menschenrechte auf Selbstbestimmung, Würde und körperliche Unversehrtheit auch für intersexuelle Menschen! Im Mittelpunkt dieser Forderungen steht die Ächtung einer medizinischen Praxis, intersexuellen Menschen entweder im frühen Kindesalter ohne Einwilligungsfähigkeit – oder Erwachsenen ohne Aufklärung über Folgen oder Risiken – auf operativ-medikamentösem Weg ein „eindeutiges“ Geschlecht „zuzuweisen“. Dies wird als fundamentaler Verstoß gegen die Menschenrechte gewertet, da solche Maßnahmen in den allermeisten Fällen ihre Grundlage nicht in medizinisch-gesundheitlichen Überlegungen finden, sondern lediglich in der erzwungenen Durchsetzung eines binären Geschlechtersystems. Dass ein solches System den Menschenrechten intersexueller Personen nicht gerecht wird, sollte auch im Personenstandsgesetz (PStG) reflektiert werden. Die jüngste Gesetzesänderung bietet zwar einen ersten Ansatzpunkt, muss aber unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze sowie der Selbstbestimmung intersexueller Menschen weiter ausgebaut werden.

Aus anderen Zusammenhängen wird deutlich, dass Gesetzeslücken in vielen europäischen Ländern hinsichtlich des Schutzes von LGBTI bestehen. So wird die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität nicht als Tatmotiv für Hassverbrechen anerkannt. Dies geht aus dem aktuellen 16-seitigen Amnesty-Bericht „Because who I am. Homophobia, transphobia and hate crimes in Europe“ (<http://redir.ec/queeramnesty>) hervor, der im September in Brüssel vorgestellt wurde. Der Bericht belegt außerdem, dass die heutigen EU-Standards bezüglich Hassverbrechen nicht ausreichen, um homo- oder transphobe Gewalt wirksam zu bekämpfen und kritisiert dabei auch Deutschland.

Text: Ben Reichel

Möchten Sie den Queeramnesty-Rundbrief
zukünftig als PDF statt in gedruckter Version?

Sie helfen uns damit Druckkosten zu sparen.
Senden Sie bitte eine formlose E-Mail an: RUNDBRIEF@QUEERAMNESTY.DE

IMPRESSUM

POSTANSCHRIFT

QUEERAMNESTY Themenkoordinationsgruppe | Amnesty International e.V.
Postfach 62 04 61 | 10794 Berlin

GRUPPENSPRECHER

Rupert Haag, 030-782 94 40, info@queeramnesty.de

SPENDENKONTO

Amnesty International Bonn, Stichwort: "Spende Gruppe 2918"
Bank für Sozialwirtschaft Köln, BIC: BFSWDE33XXX (BLZ 370 205 00)
IBAN: DE23370205000008090100 (SPENDENKONTO 80 90 100)

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International Schweizer Sektion, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9
Amnesty International Österreich, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: AI Österreich
PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBT-Rechte

Redaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.)

Layout: Claudia Becker

Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus Frankfurt GmbH,
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt
Auflage: 4.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.

BEZIRKSGRUPPE BERLIN

Stephan Cooper | 030 / 796 28 74 oder 0179 / 679 36 78
berlin@queeramnesty.de | www.queeramnesty-berlin.de

BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT

mail@amnesty-frankfurt.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG

Ben Reichel | 040 / 609 420 58 | info@queeramnesty-hamburg.de
www.queeramnesty-hamburg.de

BEZIRKSGRUPPE KÖLN

John Witulski | koeln@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Lena Perleth | queeramnesty.leipzig@gmx.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN

Flu Bäurle | 0176/77 51 73 01 | muenchen@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

Sven Matthias | Tel. 0176 23 45 11 33 | info@amnesty-suedbaden.de

ÖSTERREICH

A-WIEN

Queeramnesty Österreich | Moeringgasse 10 | 1150 Wien
Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44 | queer@amnesty.at
www.queeramnesty.at

SCHWEIZ

CH-ZÜRICH

Queeramnesty | Postfach 1306 | CH-8048 Zürich
Tobias Simon Mäder | 0041 41 79 373 91 99
info@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch